



27. und 28. Sitzung des Gemeinderates vom 9. Dezember 2024

## **Weisung 66/2024 des Stadtrates: Leistungsaufträge 2025-2028, Globalbudgets 2025**

Berichte über die Geschäftsfelder (GF)

---

### **Geschäftsbericht Gemeinderat (Parlament)**

Für die Geschäftsleitung (GL) gibt **Präsident Hans Denzler (SVP)** zu Protokoll:

Die GL hat am 22. Mai 2024 das Budget 2025 verabschiedet. Der Antrag hält sich an die bisherigen Vorgaben und Erfahrungswerte. Exogene Faktoren erschweren eine Prognose der Geschäftslast.

### **Geschäftsbericht Stadtrat**

#### **GF Steuerung und Führung**

Für die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit (KÖS) gibt **Debora Zahn (Grüne)** zu Protokoll:

Ein zentrales Ziel des Geschäftsfeldes Steuerung und Führung ist die digitale Transformation. Insbesondere das neue e-Service-Portal, das bis Ende 2024 fertiggestellt sein soll, wird in den folgenden Jahren schrittweise ausgebaut, um zentrale Dienstleistungen der Stadtverwaltung digital verfügbar zu machen. Prozesse und Schnittstellen werden in diesem Zusammenhang optimiert und, wo möglich, automatisiert, um Effizienz und Nutzerfreundlichkeit zu steigern.

Ein weiterer Fokus liegt auf der Förderung innovativer Projekte innerhalb der Verwaltung. Mit der Fortsetzung einer 2023 gestarteten Initiative sollen neue Ideen unterstützt und die Organisation auf nachhaltige Weiterentwicklung ausgerichtet werden.

Im Bereich Human Resources Management (HRM) steht die Einführung neuer Softwarelösungen im Mittelpunkt. Eine modernisierte Personaldatenverwaltung und ein neues Zeiterfassungssystem sollen manuelle Prozesse ersetzen und die Effizienz steigern. Außerdem wird die Social-Media-Rekrutierung weiter ausgebaut, um die Attraktivität der Stadt Uster als Arbeitgeberin zu erhöhen und weiter gute Fachkräfte für Uster gewinnen zu können.

Die Organisation und das strategische Controlling richten sich auf die Weiterentwicklung der digitalen Transformation. Gleichzeitig werden strategische Planungs- und Steuerungsprozesse optimiert, um Transparenz und Entscheidungsqualität zu erhöhen.

Im Bereich der Wahlen und Abstimmungen bereitet die Stadt die Gesamterneuerungswahlen 2026 vor und führt eine neue kantonale Abstimmungssoftware ein.

Die finanzielle Planung sieht ein stabiles Gesamtbudget mit gezielten Investitionen in die Umsetzung der Digitalstrategie die Optimierung von Prozessen vor. Die zusätzlichen Mittel sollen vor allem die HR-Abteilung (Fallwachstum sowie Massnahmen zur Prozessoptimierung und Steigerung der Arbeitgeberattraktivität) und Projekte der digitalen Transformation unterstützen. Diese Maßnahmen sollen sicherstellen, dass die Stadt Uster ihre Dienstleistungen zeitgemäß und effizient gestalten kann und über die dafür nötigen Fachkräfte verfügt

In der Subkommission wurde unter anderem über den Nutzen von diversen Social-Media-Kanälen gesprochen. Zusätzlich wurde kritisiert, dass der Indikator, welcher angeben soll, wie hoch der Anteil der Mitarbeitenden mit Behinderung ist, noch nicht die optimale Fragestellung beinhaltet. Diese wird nun mit der Fachstelle Gleichstellung von Menschen mit Behinderung nochmals angeschaut und gegebenenfalls angepasst. In der KÖS wurde insbesondere der Stellenausbau in der LG HRM diskutiert. Dazu wurde ein Antrag auf Kürzung der Stellen um 100% gestellt, welcher von der KÖS aber abgelehnt wurde.

### **GF Präsidiales**

Für die KÖS gibt **Simon Vik (FDP)** zu Protokoll:

Das Globalbudget der Abteilung Präsidiales erhöhte sich um 72'000 Franken auf neu 1'141'000 Franken. Bei der Leistungsgruppe Öffentlichkeitsarbeit wurde in der Subkommission festgestellt, dass die Anzahl der Newsletter-Abonnenten wohl eine Sättigung erreicht haben dürfte. Weiter wurde erörtert, dass LinkedIn sich zu einem immer wichtigeren Hilfsmittel entwickelt bei der Rekrutierung von neuen Mitarbeitenden. Zuletzt wurde in der Subkommission die Frage aufgeworfen, ob die Social Media Plattform X aus politischen Gründen eingestellt wurde, was verneint wurde mit der Begründung, dass diese Plattform zu wenig erfolgreich gewesen sei. Alle Plattformen werden aktuell separat bewirtschaftet, was für die Zukunft überprüft werden soll. Bei der LG Standortförderung wurde in der Subkommission das Thema Finanzierung der Weihnachtsbeleuchtung ausführlich diskutiert, wobei sich deren Finanzierung aktuell als schwierig darstellt. Auch wurde die Rolle der Standortförderin beim Verein Herzkern im Detail erläutert.

### **GF Gesellschaft**

Für die Kommission Bildung und Gesellschaft (KBG) gibt **Andreas Pauling (Grünliberale)** zu Protokoll:

Das Geschäftsfeld Gesellschaft beantragt CHF 4.84 Mio. für 2025. Das sind 7% mehr als im Vorjahr. Für diese Zunahme gibt es mehrere Gründe.

- CHF 120'000 sind für das Stadtfest 2025 vorgesehen. Dabei werden städtische Dienstleistungen nicht dem OK des Stadtfestes verrechnet, sondern intern ausgeglichen.
- Bei der LG Kindheit, Jugend und Inklusion wird gemäss vom Gemeinderat gutgeheissener Weisung 75/2024 CHF 135'000 mehr für die Frühe Förderung ausgegeben (+40 Stellenprozent); ebenso ist eine Stellenerhöhung von 20% für die Inklusion budgetiert (+20'000.-).
- In der LG Stadtarchiv sind zusätzliche CHF 50'000 für den Abbau der unverzeichneten Bestände vorgesehen.
- Die LG Stadtbibliothek beantragt keine Budgeterhöhung trotz der massiv gestiegenen Anzahl Eintritte. Der entsprechende Mehrwert für die Bevölkerung konnte ohne zusätzliches Geld realisiert werden. Wegen dem knappen Platz nehmen die Konflikte aber zu. Die Bibliothek hat geeignete Massnahmen eingeführt.

Neu wird eine permanente 50%-Stelle für das Abteilungssekretariat geschaffen. Dies kann budgetneutral erfolgen, weil der Kantonsbeitrag für die Kultur um CHF 110'000 erhöht wurde. Das Abteilungssekretariat wird neben Kulturveranstaltungen und dem Zeughausprojekt auch diverse Aufgaben übernehmen, die bisher von einer Mitarbeiterin der LG Kultur gemacht wurden.

Bei der LG Kindheit, Jugend und Inklusion wurden die Anzahl Stunden aufsuchende Jugendarbeit von 150 auf 400 erhöht. Grund dafür ist die Arbeit mit minderjährigen Asylsuchende (MNA) rund um das Zentrum Rosengarten. Dafür werden befristet 60 Stellenprozent eingesetzt.

Bei der Investitionsplanung sind im GF Gesellschaft Investitionen für das Bauprojekt Zeughaus im Umfang von insgesamt CHF 1.95 Mio. für 2025 geplant.

Die KBG beantragt dem Gemeinderat, das Geschäftsfeld Gesellschaft zu genehmigen.

---

## **GF Finanzen**

Für die KÖS gibt **Andres Ott (SVP)** zu Protokoll:

Der budgetierte Globalkredit für das Geschäftsfeld Finanzen beträgt für das Jahr 2025 CHF 1.119 Millionen nach Abschreibungen. Gegenüber dem Budget 2024 nimmt der Globalkredit leicht um CHF 27'000 ab. Die budgetierte Anzahl Stellen im Geschäftsfeld Finanzen nimmt um 2.5 zu. Die budgetierten Investitionen sind dreimal so hoch wie im Budget 2024.

In der Leistungsgruppe Finanz- und Rechnungswesen werden die Einführung von MyAbacus geplant und das Reporting- und Informationstool Abacus Data Analyzer weiterentwickelt.

In der Leistungsgruppe Steueramt wird die neue Oracle Datenbank eingeführt, weiter wird in zehn Jahren eine erneute Änderung der Software wegen einer kantonalen Lösung erwartet.

In der Leistungsgruppe Informatik soll die Cybersicherheit weiterentwickelt werden, mit 7x24 h Picket sollen rasche Reaktionen auf Angriffe sichergestellt werden. Es müssen mehr Arbeitsplätze eingerichtet werden.

Die KÖS empfiehlt den Globalkredit im Geschäftsfeld Finanzen zur Annahme.

## **GF Liegenschaften**

Für die KÖS gibt **Nina Nussbaumer (SP)** zu Protokoll:

Der Stadtrat beantragt für das Geschäftsfeld Liegenschaften für das Jahr 2025 einen Globalkredit von rund 15,804 Millionen, wovon rund 7 Millionen Abschreibungen sind. Gegenüber dem Budget 2024 sinkt der Globalkredit um rund CHF 300'000. Der Stellenetat für das Jahr 2025 bleibt im Vergleich zum Budget 2024 unverändert.

Die wesentlichen Veränderungen im Vergleich zum Budget 2024 sind: Im GF Liegenschaften fallen rund CHF 30'000 höhere Aufwände für externe Berater wie beispielsweise Anwälte oder statische Überprüfungen an. In der LG Grundstückbewirtschaftung sinken aufgrund des Kiesabbaus die Erträge um CHF 200'000. In der LG Baumanagement werden rund CHF 230'000 höhere Personalkosten budgetiert wegen den zusätzlichen Stellen aus dem Budget 2024. In der LG Schulliegenschaften sinkt der Aufwand im Vergleich zum Budget 2024 um rund CHF 600'00 aufgrund des IST 2023. Die Aufwände steigern sich aber wegen zunehmenden Unterhaltskosten.

In der Kommission wurden folgende Themen besprochen und diskutiert:

- Sparpotenzial: Das GF Liegenschaften sieht wenig Sparmöglichkeiten im Aufwand. Mit der Einführung des Leitfadens Baurechte plant das GF zukünftig mehr, für die Stadtentwicklung strategisch nicht relevante, Grundstücke im Baurecht anzugeben. So können durch den Baurechtszins Einnahmen generiert werden und die Investitionen und der Unterhalt des Grundstückes fallen weg.
  - Das Ersetzen von Heizungen mit fossilen Energieträgern bis 2024 plant das GF in enger Zusammenarbeit mit der Energie Uster AG. Dieses Ersetzen wird, wenn möglich, immer mit Dämmungsmassnahmen kombiniert. Für die Stadt spielen die von der Energie Uster AG geplanten Wärmeverbünde eine zentrale Rolle.
  - Der Antrag zur Streichung der Fassadensanierung wurde von der Kommission mit 2:7 Stimmen abgelehnt, da sich das Projekt bereits mitten in der Umsetzung befindet und eine Streichung zum jetzigen Zeitpunkt unpassend erscheint und nachträglich nur höhere Kosten zur Folge hätte.
  - Weiter wurde ebenfalls mit 2:7 Stimmen ein Antrag abgelehnt, welcher das Budget für die Erstellung von PV-Anlagen halbieren wollte.
  - Mit 4:5 Stimmen wurde ein weiterer Antrag abgelehnt, bei welchem nun ein Minderheitsantrag gestellt wird. Der Antrag möchte das Ziel 03 der LG Baumanagement "Das Stadtbild mit stadtei-
-

genen Liegenschaften positiv prägen." streichen. Aus Sicht der Kommissionsmehrheit gehört dieses Ziel aber weiterhin in die städtische Strategie. Eine überstürzte Streichung dieses Ziels, ohne die genaueren Auswirkungen zu kennen, erscheint der Kommissionsmehrheit als nicht sinnvoll.

### **GF Infrastrukturbau und Unterhalt**

Für die Kommission Planung und Bau (KPB) gibt **Benjamin Streit (SVP)** zu Protokoll:

Die Gemeinderäte der Subkommission GF Infrastrukturbau und Unterhalt haben 39 Fragen zum Budget 2025 gestellt und diese durch die Verwaltung beantworten lassen, sowie wo gewünscht tiefer besprochen. Einige Punkte, sowie die Anträge aus der KPB sollen kurz aufgezeigt werden.

Das Erhaltungsmanagement «Kunstabauten» der Stadt Uster zeigt den Zustand von sämtlichen Brücken, Stützmauern und Durchlässen, welche sich im Eigentum der Stadt Uster befinden auf. Der Wiederbeschaffungswert dieser «Kunstabauten» umfasst gemäss letzter Schätzung rund 170 Millionen Franken. Der durchschnittliche Zustand wird als «genügend» eingestuft. Um den Wertverlust zu decken, sollten jährlich mindestens rund 1,9 Millionen Franken investiert werden. In der Investitionsplanung 2025 sind keine Massnahmen zur Erhaltung der Kunstabauten vorgesehen. Im Jahr 2025 soll ein Erhaltungskonzept ausgearbeitet werden. Weiter ist geplant, dass eine Stelle geschaffen werden soll, welche sich gezielt um den Werterhalt der Infrastrukturanlagen kümmert. Diese Aufgaben werden momentan vom GF-Leiter I+U und den Leistungsgruppenleitenden Strasseninspektorat, Stadtentwässerung und Infrastrukturmanagement übernommen. Diese dezentrale Organisation stellt sich als ineffizient heraus und wird auf das Jahr 2025 angepasst. Durch die Einsparung von Dritteleistungen können die Aufgaben effizienter und kostengünstiger erbracht werden. Eine Mehrheit der KPB will die Schaffung dieser Stelle verhindern und folgt dem entsprechenden Antrag mit 6:3 Stimmen.

In der Leistungsgruppe Strasseninspektorat steigen die Kosten markant um CHF 61'000 an. Der Fahrzeugpark des Strasseninspektorates ist sehr alt. Die Unterhaltskosten sind in den letzten Jahren stark angestiegen, von CHF 80'000 im Jahr 2020 bis CHF 186'000 im Jahr 2023. Für das Jahr 2024 sind insgesamt CHF 175'000 für Unterhalt und Anschaffung von Fahrzeugen und Maschinen vorgesehen.

Für das Jahr 2025 sind weiter einige Strassen-Sanierungsprojekte vorgesehen, zu deren Umfang in der Subkommission detaillierte Fragen gestellt und beantwortet wurden. Die Abteilung Bau koordiniert Strassensanierungen so gut als möglich mit der Energie Uster AG, um Synergien zu nutzen und damit Kosten zu reduzieren. Die Sanierung der Sportstrasse findet eine Mehrheit der KPB als nicht notwendig und folgt einem Antrag auf Streichung dieser Investition in Höhe von CHF 300'000 mit 7:2 Stimmen. Aufgrund mangelnden politischen Rückhaltes des Projekts Sanierung und Umgestaltung der Wermatswilerstrasse folgte eine Mehrheit ebenfalls dem Antrag auf Streichung dieser Investition von CHF 100'000 mit 6:3 Stimmen.

Aufgrund der hohen Investitionen in den Geschäftsfeldern (GF) Gesellschaft und Liegenschaften wird die Abteilung Bau in den Jahren 2026/2027 nur wenige Strassen-Sanierungsprojekte ausführen. Um nach dieser Periode die Projekte rasch angehen zu können, wurden für das Jahr 2025 bei vielen Strassen Kleinbeträge von CHF 50'000 oder CHF 100'000 in der Investitionsrechnung eingesetzt, um die notwendigen Vorarbeiten tätigen zu können.

Das Budget 2025 dieses GF beträgt inkl. Abschreibungen 9.27 Mio. CHF. Gegenüber dem Budget 2024 mit 8.1 Mio. CHF entspricht dies einem Anstieg von rund 1.1 Mio. CHF.

---

### **GF Stadtraum und Natur**

Für die KPB gibt **Markus Ehrensperger (SVP)** zu Protokoll:

2025 steht dem GF Stadtraum und Natur ein intensives Jahr bevor. Einerseits aufgrund der Richtplanrevision, der Zentrumsentwicklung und weil das GF auch weiterhin oft die zuständige Stelle von politischen Vorstössen ist.

Als Nachfolge für Sina Germann konnten zwei Personen gewonnen werden, die sich die freien 120 Stellenprozente teilen. Eine Person steigt zeitnah ein, die zweite folgt ab Februar 2025.

Der Gestaltungsplan Fohlenhof ist noch nicht rechtskräftig, da ein Rekurs dagegen eingegangen ist. Weitere anstehende Gestaltungspläne sind zur Zeit nicht bekannt.

Das Budget bleibt ungefähr gleich wie das Budget für das letzte Jahr, mit einer leichten Erhöhung im hausinternen Budget. Beim ZVV-Beitrag macht sich bemerkbar, dass die Fahrgastzahlen wieder auf das Vor-Corona-Niveau gestiegen sind und entsprechend ein deutlich tieferer Deckungsbeitrag geleistet werden muss. Nur schon der ZVV-Beitrag ist in etwa gleich hoch wie das interne Globalbudgets des Geschäftsfelds an sich. Ich habe letztes Jahr schon den Begriff «Wundertüte» für diesen Betrag verwendet und es macht daher auch weiterhin Sinn, dass diese Kosten im Budget aufgeschlüsselt dargestellt werden.

Bei den Investitionen steht die Realisierung einiger grösserer Projekte an, was diesen Wert in die Höhe treibt. Fragen in der Subkommission kamen zu den Bahnquerungsprojekten auf, die möglicherweise noch länger Gegenstand von Diskussionen sein könnten. Auch, weil der Zeitplan bei den Projekten mit Einbezug der SBB und des Kantons noch nicht in Stein gemeisselt ist.

In der Diskussion der KPB wurden Anträge zu den geplanten Investitionen gestellt:

Investition 291, Bahnquerung Winterthurerstrasse, Streichung der eingestellten CHF 100'000 für begleitende Massnahmen zum Vorhaben des Kantons. Der Antrag wurde mit 6:3 Stimmen angenommen, wobei die Befürworter auf die gleichlautende Streichung im Vorjahr und die vermutete Zeitverzögerung verwiesen (vgl. Berichterstattung in den Medien zur Priorisierung von Investitionen des Kantons).

Zwei Anträge für neue Investitionsbeträge für eine städtebaulich vorausschauende Planung (Achse Winterthurerstrasse und Ausbau Doppelspur Aathal) wurden mit 4:5 Stimmen abgelehnt. Die Idee an sich stiess auf ein positives Echo.

Generell wurde aber die Frage in den Raum gestellt, ob zusätzliche Investitionen opportun seien, angesichts der mehrfach zugunsten des Zeughauses gestrichenen Investitionen.

Ein Antrag zur Streichung der Investition 292, Bahnquerung Langsamverkehr Wermatswilerstrasse, wurde zurückgezogen, nachdem erläutert wurde, dass diese Investition nicht mit der Absicht des Antrags – die Verhinderung des Einbahnregimes im Zusammenspiel mit der Kreuzstrasse – im Zusammenhang stehe.

Einstimmig angenommen wurde eine redaktionelle Änderung beim Ziel H/4 Z01.

Mit 5:4 Stimmen wurden bei den Leistungen H/4 L02 – L05 die Begriffe «angebotsorientiert» und «nachfrageorientiert» durch den Begriff «bedarfsgerecht» ersetzt. Die Mehrheit der Kommission wollte die politisch-steuernde Aussage durch eine bedürfnisorientierte Haltung ersetzen. Zudem wurde vermutet, dass die bisherigen Begriffe mit den Zielen divergieren würden. Für die Minderheit sind die bisherigen Begriffe korrekt gewählt und entsprechen den politischen Absichten und gebräuchlichen Fachbegriffen.

Mit 9:0 Stimmen wurde das geänderte Geschäftsfeld gutgeheissen.

### **GF Hochbau und Vermessung**

Für die KPB gibt **Ulrich Schmid (SVP)** zu Protokoll:

Uns wurde ein um CHF 350'000 höheres Budget gegenüber dem Vorjahr zugestellt. Zu Buche fällt vor allem die Position GF Hochbau und Vermessung mit einer Steigerung um CHF 100'000 (Personalausbau) und weiter die Position Abschreibungen mit einer Steigerung um ca. CHF 200'000 (bedingt durch höhere Investition).

---

Die von uns gestellten Fragen wurden sehr ausführlich und zu unserer vollsten Zufriedenheit beantwortet. Gemeinsam konnten wir im Anschluss zu unserem Geschäftsfeld und unseren Leistungsgruppen weitere Fragestellungen anbringen, Themen vertiefen und aus unserer Sicht mögliche Optimierungen diskutieren.

Der Personalausbau um 180 % erfolgt vollumfänglich im Bereich der LG Vermessung. Vorgesehen sind die Konsolidierung bereits im Einsatz stehender, bislang befristet angelegter Arbeitsverhältnisse (max. auf 3 Jahre) im Bereich Geoinformation (GIS) und Vermessungsdienste. Mit den übrigen Anpassungen im Bereich GF Hochbau und Vermessung und LG Architektur und Denkmalpflege werden die tatsächlichen Stellenverteilungen korrekter abgebildet.

Die einmalige Erhöhung des Investitionsniveaus ist auf ein geplantes Sonderprojekt (Überarbeitung Inventar der kommunalen Denkmalschutzobjekte) zurückzuführen.

Im Wesentlichen ist man im Jahr 2025 mit vier Projekten unterwegs. Bei drei Projekten handelt es sich dabei um Prozessoptimierungen, um eine Aktualisierung und um eine Digitalisierung. Das vierte Projekt Aufhebung Flurwege dürfte wahrscheinlich noch Jahre dauern.

### **GF Bildung**

Für die Kommission Bildung und Gesellschaft gibt **Isabel Eigenmann (Die Mitte)** zu Protokoll: Das Geschäftsfeld Bildung wünscht einen Globalkredit von chf 2.774 Mio., im Vorjahr waren es chf 2.291 Mio. Der grösste Teil der Differenz kann damit erklärt werden, dass 2.5 Stellen mehr geschaffen werden für die Administration Tagesstrukturen. Das hat Aufwendungen von CHF 295'000 zur Folge. Die Mitarbeitenden der Administration Tagesstrukturen werden ab 2025 dem GF 49 Bildung zugeordnet (bisher GF 40 Primarschule). Es gibt keine Kürzung, sondern eine Verschiebung des Personals, damit man die Verwaltungskosten an einem Ort hat.

Die LG Unterricht und Betreuung ist eine neue Leistungsgruppe im Geschäftsfeld Primarschule. Vorher waren sie Teil der LG Schulverwaltung.

Die genauen Zahlen für die Musikschule und die Zahnmedizin werden auf nächstes Jahr ausgewiesen. Der Personalbestand bleibt stabil. Die Werte des Budgets 2025 beruhen auf dem Ergebnis aus 2023. Vorher wurden keine Statistiken geführt und die Schulzahnklinik war noch nicht Teil der Bildung. Die Zahlen beruhen auf Schätzungen.

### **GF Sicherheit**

Für die KÖS gibt **Marco Kranner (Grünliberale)** zu Protokoll:

Das Budget für das Geschäftsfeld Sicherheit steigt im Jahr 2025 um ca. 490'000 CHF auf 4'476'000 CHF und nimmt somit um ca. 12% zu. Von der Budgetsteigerung sind ca. 80'000 CHF Abschreibungen, auf welche das Geschäftsfeld keinen Einfluss hat. Die verbleibende Steigerung kommt folgendermassen zustande:

Bei der LG Stadtpolizei hat die Aufhebung von Parkplätzen auf dem ganzen Stadtgebiet die Folge, dass mit Mindereinnahmen im Vergleich zu vergangenen Jahren gerechnet werden muss. Dies enthält gleichzeitig auch einen Rückgang von Einnahmen bei der Nachtparkierung. Mit dem Wegfall vom «Jelmoli-Parkplatz» werden die Einnahmen weiter rückläufig sein, welche sich auf die Einnahmen von 2025 auswirken wird. Die Mehrausgaben für Sicherheitsmassnahmen beim Ustermärt, Frühlingmarkt, Näniker Chilbi erhöhen zusätzlich die Kosten.

In Bezug auf das Personal steigen bei der LG Stadtpolizei die Stellenprozente um 290%. Die zusätzlichen Stellenprozente sind folgendermassen zusammengestellt:

- Kostenneutrale 50 % Jugenddienstbelange Greifensee (bereits Mai 2024 umgesetzt)
  - Kostenneutrale 60 % durch Überführung eines Stundenlohnmitarbeitenden (Lehrabgänger) in ein festes Anstellungspensum unter gleichzeitiger Reduktion des Personalaufwandes im Sinne der diesbezüglichen Stundenlöhne
-

- 100 % Stellenprozent für Frontpolizei infolge merklich gestiegenem polizeilichem Kontrollaufwand im Asylbereich
- 80 % Stellenprozent für Fachdienstpolizist Integration an Schulen sowie im Kultur- und Vereinswesen Uster

Bezüglich der 80%-Stelle Fachdienstpolizist Integration an Schulen sowie im Kultur- und Vereinswesen: Die Stadtpolizei Uster pflegt einen sehr engen Kontakt mit den Schulen und den Schulbehörden. Mit dem sehr direkten Kontakt mit den Jugendlichen auf zahlreichen Kanälen unterstützt der Jugenddienst bei vielen Belangen der Jugendlichen. Zu Kulturvereinen wird ein enger Kontakt gepflegt, damit die entsprechenden Kulturkreise abgeholt werden können.

Die 24-Stunden-Gesellschaft sowie der Umstand, dass die KAPO Zürich nicht immer verfügbar ist, führt bei der Stadtpolizei Uster zu mehr Einsätzen und somit zu Mehraufwänden beim Personalressourcen Einsatz.

Bei der LG Bevölkerungsschutz führen weniger Stützpunkteinsätze zu Mindereinnahmen. Das ist für das Personal gut, weil weniger Einsätze geleistet werden müssen, aber bei der Kostendeckung schlägt sich das negativ nieder. Bei der LG Bevölkerungsschutz steigen die Stellenprozent um kostenneutrale 50 %. Dies durch Überführung eines Stundenlohnmitarbeitenden in ein festes Anstellungspensum unter gleichzeitiger Reduktion des Personalaufwandes im Sinne der diesbezüglichen Stundenlöhne.

Bei der Investitionsplanung geht man im Jahr 2025 von 915'000 CHF aus. Folgende Investitionen sind geplant:

- Ausbildungszentrum Riedikon: Sanierung Brandhaus 2 (+500)
- Vorprojektierung resp. Wettbewerb Logistikgebäude AZ Riedikon (+100)
- Ersatzbeschaffung städtische Parkuhren (+50)
- Altersbedingte Ersatzbeschaffung des polizeilichen Patrouillenfahrzeuges (mit Option eines alternativen Antriebs) (+130)
- Altersbedingte Ersatzbeschaffung Zivilschutzfahrzeug (gesetzlicher Auftrag) (+85)
- Altersbedingte Ersatzbeschaffung Lasergerät Stadtpolizei (+50)

Weitere Informationen aus dem Geschäftsfeld Sicherheit:

Das Brandhaus 1 in Riedikon muss noch in Betrieb genommen werden. Da es für die Inbetriebnahme kein Standardverfahren gibt, muss ermittelt werden, was abgenommen werden muss. Bevor das Brandhaus 1 nicht abgenommen ist, wird nicht mit den Bauarbeiten zu Brandhaus 2 begonnen, weil sonst mit Mindereinnahmen bei der Nutzung der Anlage gerechnet werden muss.

Die Entsorgung des PFAS (Per- und Polyfluorierende Alkylsubstanzen) hat bei Brandhaus 1 zu Mehrkosten geführt. Gemäss dieser Erfahrung hat man die Abfuhr des PFAS von Brandhaus 2 in die Kostenschätzung einbezogen.

Anlässe in Uster: Die steigenden Aufwände für die Sicherheitsmassnahmen werden nicht auf die Marktfahrenden der Anlässe überwält. D.h. die Gebühren der Marktfahrer werden von diesen Massnahmen nicht betroffen. Auch hat man für das Märtnäscht «d'Spitzbuebe» auf dem Stadthausplatz einen für alle beteiligten Personen passenden Ort gefunden.

Eventuell macht es Sinn für die Aufwände des Jugenddienstes in Greifensee einen eigenen Indikator einzuführen. So kann der Aufwand differenziert von den anderen Aufgaben überprüft werden. Dies wird geprüft und gegebenenfalls per Jahr 2026 eingeführt.

Die KÖS empfiehlt die Budgetplanung des GF Sicherheit mit 8:1 Stimmen anzunehmen.

---

## **GF Publikumsdienste**

Für die KÖS gibt **Silvan Dürst (SVP)** zu Protokoll:

Der budgetierte Globalkredit für das Geschäftsfeld Publikumsdienste beträgt für das Jahr 2025, CHF 1.536 Mio. nach Abschreibungen. Gegenüber dem Budget 2024 nimmt der Globalkredit um CHF 58'000 zu. Erfahrungsgemäss kann das GF Publikumsdienste unter Budget abschliessen.

Sonstige spannende Neuerungen und Informationen zum GF Publikumsdienste nachfolgend:

- Das LG Bürgerrecht ist per 1. Januar 2025 im GF Publikumsdienste, LG Zivilstandssamt, mit einer 60% Stelle angegliedert (ehemals GF Steuerung und Führung).
- Die im Jahr 2025 geplante Neuorganisation des Bestattungswesens wurde auf 2024 vorverlegt. Somit verschwindet eine 100% Stelle aus dem Budget. Das Bestattungswesen wird neu mit privaten Institutionen durchgeführt.
- Das Programm infostar bekommt ein Update «infostar new Generation» und kann neu sämtliche Sonderzeichen der europäischen Sprache bei Namen abbilden.
- Einführung CMI-Tool «Standesamt» im Jahr 2025.
- Ende Umbau Friedhofdienstgebäude 2026, Garage Werkstatttraum/Unterstand 2025, zudem startet der Umbau der Friedhofallee 2 und die Abdankungshalle im Jahr 2025 und endet 2026.

Die KÖS bedankt sich bei Theo Köhli und seinem Team für die geleistete Arbeit und empfiehlt das Budget zu Annahme.

## **GF Recht und Vollstreckung**

Für die KÖS gibt **Marius Weder (SP)** zu Protokoll:

Der budgetierte Globalkredit im Geschäftsfeld Recht und Vollstreckung auf Seite M/1 lautet auf minus CHF 13'000. Im Budget 2024 waren noch minus CHF 53'000 und im Budget 2023 minus CHF 64'000 eingeplant. Die Rechnung 2023 betrug minus CHF 106'000 und die Rechnung 2022 minus CHF 144'000. Hierzu ist wie immer in diesem Geschäftsfeld zu erwähnen, dass das Minus im Aufwand effektiv ein Plus um den Betrag darstellt, die Stadt Uster hier also plant, über das gesamte Geschäftsfeld CHF 13'000 einzunehmen.

In der Leistungsgruppe Stadtammann- und Betreibungsamt werden die Gebühreneinnahmen CHF 38'000 tiefer budgetiert als letztes Jahr, während in der Leistungsgruppe Stadtrichteramt von leicht höheren Einnahmen ausgegangen wird. Zeigte sich in früheren Jahren anlässlich der Behandlung der Jahresrechnung regelmässig, dass bei diesen beiden Leistungsgruppen von zu tiefen Gebühreneinnahmen ausgegangen worden war, dürfte die jetzige Budgetierung wie schon diejenige der letzten vier Jahre der sich uns in eineinhalb Jahren voraussichtlich präsentierenden Realität vermutlich näher kommen. So ergab die Jahresrechnung 2018 einen Einnahmenüberschuss von CHF 37'000 für das gesamte Geschäftsfeld, die Jahresrechnung 2019 einen solchen von CHF 189'000, in der Jahresrechnung 2020 resultierte immerhin noch ein Einnahmenüberschuss von CHF 42'000, in der Jahresrechnung 2021 betrug der Einnahmenüberschuss CHF 99'000, 2022 CHF 144'000 und letztes Jahr CHF 103'000. Der jetzt budgetierte Einnahmenüberschuss bewegt sich also doch deutlich tiefer als der Durchschnitt der letzten Jahre. Das Geschäftsfeld besteht seit mittlerweile neun Jahren und anfangs fehlten sicher etwas die Erfahrungswerte.

Im Stellenplan stehen 12.2 Vollzeitstellen zu Buche gegenüber 12.4 im Vorjahr, 20% weniger in der Leistungsgruppe Stadtammann- und Betreibungsamt. In der Leistungsgruppe Stadtrichter werden leicht höhere Zahlen budgetiert als vor einem Jahr, ebenso in der Leistungsgruppe Stadtammann- und Betreibungsamt und bei der Leistungsgruppe Friedensrichter. In der Leistungsgruppe Stadtrichter dürfte sich bei den zu erwartenden Fallzahlen des kommenden Jahres der Wegfall des Jelmoli-Parkplatzes bemerkbar machen, führte dieser doch in der Vergangenheit zuverlässig zu Ordnungsbussen und damit – wenn diese nicht bezahlt wurden – zu Strafbefehlen. Anzumerken ist, dass bei all diesen Leistungsgruppen die Fallzahlen nicht bzw. kaum beeinflussbar sind durch die Amtsträgerinnen und -träger.

---

Die seitens der Kommission gestellten Fragen wurden durch die Verantwortlichen der Abteilung Sicherheit zur Zufriedenheit der Kommissionsmitglieder beantwortet. Die KÖS empfiehlt den Globalkredit im Geschäftsfeld Recht und Vollstreckung mit 8:1 Stimmen zur Annahme.

### **GF Soziale Sicherheit**

Für die Kommission Soziale Sicherheit und Gesundheit (KSG) gibt **Lukas Adam (Grüne)** zu Protokoll:

Die Reform AHV 21 führt ab 2025 zur schrittweisen Erhöhung des Referenzalters für Frauen auf 65 Jahre, beginnend mit 64 Jahren und 3 Monaten. Gleichzeitig erfolgt eine reguläre Rentenerhöhung bei AHV/IV mit angepassten EL-Grenzbeträgen. Die steigenden Fallzahlen bei AHV-EL aufgrund der demografischen Entwicklung zeigen sich deutlich im Globalbudget: Der Gesamtaufwand steigt von CHF 10.8 auf 11.5 Mio., wobei der Bereich Sozialversicherungen mit einem Plus von CHF 8.5 auf 9.2 Mio. Franken den Hauptanteil ausmacht.

Das neue Selbstbestimmungsgesetz ermöglicht den kostenneutralen Wechsel von Heim- zu ambulanter Betreuung. Die Verwaltung der Zusatzleistungen für die Gemeinde Maur wurde von Uster übernommen und umfasste Ende 2023 bereits 161 Fälle, wovon 22 von 41 Neuanmeldungen durch Uster bearbeitet wurden. Bei den Überbrückungsleistungen werden weiterhin maximal 5 Beziehende erwartet.

Im Bereich der familienergänzenden Betreuung bleibt die Nachfrage mit mehrmonatigen Wartezeiten hoch. Die geplanten 33 neuen Krippenplätze für 2025 sowie höhere Steuerabzüge für Kinderbetreuung führen zu einem Budgetanstieg von CHF 2.2 auf 2.3 Mio. Der erhöhte Arbeitsaufwand durch Fallzunahmen und zusätzliche Aufgaben erfordert eine Personalaufstockung von 10.7 auf 11.1 Stellen, hauptsächlich im Bereich Sozialversicherungen (+0.4 auf 9.8 Stellen).

### **Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB)**

Für die KSG gibt **Josua Graf (Grünliberale)** zu Protokoll:

Globalkredit: Das Globalbudget 2025 für die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde beläuft sich auf 1'357'000 Franken. Es erhöht sich im Vergleich zur Rechnung 2023 um 103'000 Franken, und zum Budget 2024 um 139'000 Franken.

Die KESB verzeichnet durchschnittlich 25 Neumeldungen pro Woche im ersten Quartal, leicht weniger als im Vorjahr (27). Es ist damit zu rechnen, dass die Zahl auf hohem Niveau stabil bleibt. Seit Ende 2023 führen die Betreuung von Mineurs non accompagnés (MNA), bedingt durch das neue Aufnahmезentrum in Uster und der Umfunktionierung eines Zentrums in Volketswil, sowie zahlreiche Beistandswechsel zu steigenden Massnahmen im Kinderschutz. Angesichts von Bevölkerungswachstum, Migration und demografischen Entwicklungen wird in allen Bereichen des Kindes- und Erwachsenenschutzes mit einer Zunahme gerechnet. Um den gesetzlichen Aufgaben gerecht zu werden, beantragt die KESB eine zusätzliche Stelle.

Kennzahlen und Trends:

- Kinderschutz-Massnahmen: Steigerung von 420 (2024) auf 480 (2025) aufgrund der MNA.
- Erwachsenenschutz-Massnahmen: Zunahme von 1.450 (2024) auf 1.500 (2025).
- Verfahrenszahlen: Stabil bei hohem Niveau.
- Fremdplatzierungen Kinder: Keine markanten Veränderungen.

Personal: Es wird eine zusätzliche Stelle beantragt, womit sich die Anzahl der Stellen bei der KESB auf 15.4 erhöhen.

Investitionsplanung: Es sind keine Investitionen vorgesehen.

Die KSG beantragt das Globalbudget 2025 für die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde KESB gutzuheissen.

---

## **GF Gesundheit und Umwelt**

Für die KSG gibt **Silvio Foiera (EDU)** zu Protokoll:

Die Besprechung zum GF Gesundheit fand am Abend des 25. Nov. im Stadthaus statt.

Von Seiten Verwaltung und Stadtrat waren Stadträtin Karin Fehr-Thoma sowie Abteilungsleiter Gesundheit, Hugo Bossi anwesend.

Die Subkommission wurde durch Kommissionspräsidentin Claudia Frei, Paul Stopper sowie Silvio Foiera vertreten.

Synopsis: Das Budget des GF Gesundheit & Umwelt bleibt grob im der Vorjahre.

Die im Vorfeld eingereichten Fragen, wie auch an der Sitzung ad hoc gestellte Fragen konnten den Kommissionsmitgliedern nachvollziehbar erläutert werden.

Mit Fokus auf die fortschreitende Planung der neuen Hauptsammelstelle wurde ein weitreichender Fragenkatalog eingereicht & beantwortet, der auch der Anfrage 583/2024 entnommen werden kann.

LG Abfallbewirtschaftung: Die Planung für die neue Hauptsammelstelle Loren wird weiter vorangetrieben.

Die Jurierung der Wettbewerbseingaben und Präsentation des Siegerprojekts fand im Herbst 2024 statt. Vorbehaltlich der Genehmigung durch den Gemeinderat startet dann die Projektierung, so dass die Baukredit Vorlage 2026 (bisher 2025) dem Souverän unterbreitet werden kann.

LG Umwelt: Massnahmenplan Klima steht erstmalig seit seiner Erstellung eine Überprüfung & allfällige Revision bevor.

Für die neue «Energie-, Klima- und Mobilitätsberatung» wurde ein Stellenpensum von 0.5FTE vorgesehen.

Ebenso wurden 0.2FTE für die neue abteilungsübergreifende Lärm-Koordinationsstelle veranschlagt.

LG Fachstelle Alter: Per 2025 tritt die Anpassung der Zusatzleistungsverordnung in Kraft. Personen mit Zusatzleistungen, die zu Hause leben, erhalten auf Antrag verschiedene Dienstleistungen entschädigt.

Zusätzlich wird die Einführung eines digitalen Informationskanals für die ältere Bevölkerung geprüft. Dies bedingt auch Förderung der digitalen Kompetenz in ebendieser Zielgruppe.

Personal: Die genannten Stellenerhöhungen wurden von einer Kommissionsmehrheit abgewiesen. Das Stellenpensum verbleibt somit auf 9 FTE, analog des Vorjahres.

Investitionsplanung: Die Investitionsplanung über CHF 320'000F weist weiter CHF 120'000 für den kontinuierlichen Ausbau der Unterflursammelstellen auf sowie CHF 200'000 für die Planung der neuen Hauptsammelstelle. Ein Minderheitsantrag verlangte Investitionen Nr. 432 und 433 Neue Hauptsammelstelle Loren, total CHF 250'000 (Seite A-14), zu streichen.

Globalkredit: Inkl. Beiträgen an Heime und Spitex beträgt der Globalkredit CHF 17.96 Mio. Somit rund CHF eine Mio. über Vorjahresbudget. Dies kann mehrheitlich auf die höheren Heimbeträge zurückgeführt werden.

Unter Berücksichtigung der üblichen CHF 12'000 Abschreibungen budgetiert das Geschäftsfeld einen Gesamtaufwand von CHF 17.972 Mio.

Mit Antrag vom 5. November 2024 (Novemberbrief) beantragt der Stadtrat für das GF Gesundheit und Umwelt zusätzlich CHF 500'000, dies aufgrund höherer Gemeindebeiträge in der Pflegefinanzierung.

Fazit: Die KSG beantragt dem Gemeinderat, das korrigierte Budget des Geschäftsfeldes Gesundheit zur Abnahme.

---

## **GF Heime Uster**

Für die KSG gibt **Gianluca Di Modica (FDP)** zu Protokoll:

Die Heime Uster planen im Jahr 2025 die Umsetzung der neu erarbeiteten Angebots- und Immobilienstrategie konsequent fortzusetzen. Für die Durchführung einer Machbarkeitsstudie wurden dazu in der Investitionsplanung CHF 200'000 vorgesehen. Das Tun orientiert sich dabei klar am neu erarbeiteten Organisationsleitbild «Massstäbe in der Pflege, Betreuung und Wohnen im Alter zu setzen». Dazu gehören unter anderem auch die Umsetzung des Führungsentwicklungskonzepts sowie die Entwicklung einer neuen IT-Strategie.

Die Leistungsgruppe Gesundheitsdienste hat im Wesentlichen die Personalentwicklung im Fokus. Schwerpunkte sollen die Weiterbildung im Bereich Palliative Care, die Modernisierung des Rekrutierungsprozesses, die Einführung des neu entwickelten Arbeitszeitmodells sowie die Steigerung der Mitarbeiterzufriedenheit sein. Die Pilotphase des Angebots Panorama endet per Ende 2024. Erfreulicherweise kann das Angebot ab 2025 in den Regelbetrieb überführt werden.

Die Leistungsgruppe Supportdienste konzentriert sich auf die Optimierung des bestehenden ERP-Systems sowie ebenfalls auf die Steigerung der Zufriedenheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das Geschäftsfeld Heime budgetiert (nach Novemberbrief SRB 471-2024) einen Aufwandüberschuss nach Abschreibungen von CHF 606'000. Nachdem in den Jahren 2022 und 2023 Ertragsüberschüsse erwirtschaftet wurden, scheint nach 2024 auch für 2025 kein ausgeglichenes Budget erreichbar.

Dies obwohl mit um CHF 165'000 erhöhten Normkosten gegenüber 2024 budgetiert wird, was bei den Heimen zu Mehreinnahmen führt. Insgesamt sind die Einnahmen über die Normkosten jedoch gesunken, dies bei gleichzeitiger teuerungsbedingter Steigerung der Personalkosten. Die Managemententwicklung sieht ja auch eine zahlen- und wertorientierte Führung vor. Wir sind dankbar, wenn dabei ein Fokus auf die Minimierung des budgetierten Aufwandüberschusses gelegt wird.

Die Erhöhung der Normkosten, welche die Heime und so auch die Ustermer Betriebe in Ihrer Kostenrechnung entlasten, belasten auf der anderen Seite das Geschäftsfeld Gesundheit und Umwelt, denn dort führen diese Erhöhungen zu einem Mehraufwand im Budgetposten Beiträge an Heime von CHF 931'000 gegenüber Budget 2024 und verharrt im Total auf fast CHF 11,2 Mio. (Budget 2025 nach Novemberbrief). Hier gilt es zu beachten, dass zu erwarten ist, dass die Kosten 2024 höher als ursprünglich budgetiert ausfallen werden.

Positiv zum Ergebnis trägt die Leistungsgruppe Supportdienste unter anderem mit einer weiteren Steigerung im Gastrobereich bei. Aufgrund des hohen Belegungsdrucks wurden im Dietenrain Büroräumlichkeiten zu Bewohnerzimmern umgebaut, was zu mehr Bewohnertage und somit zu einer Ertragssteigerung führt.

Zu reden gab die Investitionsplanung. Da die Heime aufgrund gültiger Regularien im Gesundheitswesen (Artiset und Curaviva) gewisse Ausgaben ab CHF 5'000 als Investitionen deklarieren und aktivieren müssen und können, figuriert in der Investitionsplanung (Position 437) ein Budgetposten über CHF 0,4 Mio. mit der Beschreibung «Jährlich wiederkehrende Investitionen». Dies führt ggü. den anderen Geschäftsfeldern zu einer verzerrten Betrachtung.

Im Rahmen der anstehenden Wirkungsprüfung will die Subkommission Heime in enger Zusammenarbeit mit der Geschäftsfeld- und Heimleitung die Ziele und Indikatoren überarbeiten und ggf. anpassen. Die entspr. Freigabe zu dieser Vorgehensweise wurde zwischenzeitlich durch die Kommission Soziales und Gesundheit (KSG) erteilt.

Die Subkommission GF Heime bedankt sich an dieser Stelle bei Stadträtin Karin Fehr, Abteilungsleiter Gesundheit Hugo Bossi und dem Gesamtleiter Heime Patrick Döbelin für die ausführlich und strukturierte Beantwortung unserer Fragen sowie die konstruktiven Besprechungen vom 18. und 25. November 2024.

In diesem Sinne empfiehlt die KSG einstimmig dem Gemeinderat das Budget 2025 des Geschäftsfeldes Heime gutzuheissen.

---

### **GF Spitex Uster**

Für die KSG gibt **Ali Özcan (SP)** zu Protokoll:

Im GF Spitex besteht ein Fokus unverändert auf der Personalgewinnung, dem Personalerhalt und der fachlichen Weiterentwicklung der Mitarbeitenden. Das interne Fortbildungsangebot wird laufend aktualisiert und auch Externen - insbesondere den Betrieben der Gesundheitsmeile - zugänglich gemacht.

Im Hinblick auf die laufenden Fortschritte und Entwicklungen im Bereich der Digitalisierung insbesondere des digitalen Lifecycles ist eine Überprüfung der gesamten IT-Infrastruktur vorgesehen. Eine Digitalstrategie wird definiert.

Schwerpunkte sind einerseits die Digitalisierung verschiedener Workflows im Rahmen des Onboarding Prozess für neue Mitarbeitenden sowie die Digitalisierung des Medikamentenmanagements. Im Rahmen der IT-Strategie werden Schwerpunkte auf den Datenschutz sowie auf eine möglichst homogene System- und Applikationslandschaft gesetzt.

In der LG Pflege bleibt ein grosser Schwerpunkt bei der Ausbildung zur Fachfrau/ zum Fachmann Gesundheit (FaGe) sowie zu Pflegefachpersonen höhere Fachschule (HF). Der Abschluss der ersten Studierenden HF im Bereich Psychiatrie ist im Herbst 2025 zu erwarten.

HF-Studierende erhalten über das gesamte Studium monatlich Lohn ausbezahlt, unabhängig davon, ob sie im Praktikum oder in der Schule sind (jeweils abwechselnd ein halbes Jahr) Während des Praktikums sind sogenannte Lerntransfertrage (total 22 Tage pro Praktikum/ Semester) Pflicht, an welchen die Studierenden nicht verrechenbar sind. Im Schnitt fallen Kosten von CHF 40'000 pro Studierende im Jahr an. Studierende HF können nach Abschluss erhalten bleiben insbesondere diejenigen, mit welchen eine Verpflichtung eingegangen wurde. (Älter als 22 Jahre mit höherem Ausbildungslohn).

Aktuell hat im September eine Studierende HF abgeschlossen und per November als MA gestartet, zwei weitere werden im Frühling bzw. Herbst 2025 abschliessen und bei der Spitex Uster weiterbeschäftigt bleiben. (beide haben eine Weiterbildungsverpflichtung).

Neu bietet die Spitex Uster den Ausbildungslehrgang Assistentin/ Assistent Gesundheit und Soziales (AGS) an. Die Lernenden absolvieren in diesem Rahmen das erste Ausbildungsjahr innerhalb der LG Hauswirtschaft. Die entsprechende berufsbildende Begleitung wird etabliert und mit dem Team Bildung der LG Pflege koordiniert.

Die Spitex budgetiert 2025 mit einem Aufwandüberschuss nach Abschreibungen von CHF 232'000.- (Novemberbrief nicht berücksichtigt). Die zusätzlich für eingerechnete Lohnteuerung von 1,2% beläuft sich auf rund CHF 102'000, die Mieterhöhung rund CHF 47'000.

### **GF Sport**

Für die KBG gibt **Marc Thalmann (FDP)** zu Protokoll:

In der Subkommission wurde das Geschäftsfeld Sport am 18. November 2024 besprochen. Anwesend waren dabei Stadträtin Karin Fehr, Hugo Bossi, Leiter Abteilung Gesundheit, Beat Berger, Leiter GF Sport sowie Dieter Hohmann und Marc Thalmann als Vertreter des Gemeinderats.

Allgemein: Der Sport in Uster ist mit CHF 139 (Vorjahr CHF 141) Kosten pro Einwohner im langjährigen Mittel budgetiert und es wird mit einem marginal tieferen Kostendeckungsgrad von 40% (Vorjahr 40.2%) als 2024 gerechnet. Ohne Abschreibungen bleibt sich der Globalkredit des Geschäftsfeldes Sport gegenüber dem Budget 2024 mit einer Senkung um CHF 137'000 von CHF 2'980'000 auf TCHF 2'843 um 4.60% unter dem Vorjahr. Die Abschreibungen steigen hingegen um CHF 100'000 von CHF 2'122'00 (2024) auf CHF 2'222'000. Somit sinken die Aufwendungen im GF Sport von CHF 5'103'000 auf CHF 5'065'00.

Die Sportstadt Uster plant damit einen gegenüber dem vergangenen Jahr leicht tieferen Anteil von 3.1% des Globalkredits (Vorjahr 3.3%) für den Sport auszugeben. Der Stellenplan verbleibt bei 27.5 VZE.

Mit der Aktualisierung des städtischen Sportkonzepts wird im 2025, mit Einbezug der Vereine, ein Augenmerk auf die Gleichstellung im Sport gelegt. Nach der Fertigstellung der Erweiterung des Trendsportplatzes sowie der Realisation des Pumptracks, wird dieses Jahr der Fokus auf Sanierungen der bestehenden Sportinfrastruktur gelegt (Rasensanierung im Stadion, Badsanierung im Dorfbad, Haustechnik Dreifachturnhalle).

LG Sportanlagen: Die Sanierung der Haustechnik der Sporthalle verzögert sich leicht – zu Beginn des Jahres soll bekannt sein, was, wann und wie zu erneuern sein wird.

Entgegen der früheren Absicht, das Dorfbad zusammen mit dem Gestaltungsplan Park am Aabach zu sanieren, wird das Sanierungsprojekt aufgrund des schlechten Zustandes des Bades und der sich in die Länge ziehenden Umsetzung des Gestaltungsplans vorgezogen.

Gemeinsam mit dem Judoclub, welcher aufgrund des Mitgliederwachstum ein grösseres Dojo benötigt, soll ein Projekt in Kombination mit dem Neubau des Forstwerkhofs angestossen werden. Ob ein Architekturwettbewerb dafür die Basis bieten soll, ist noch zu prüfen.

Die weitere Konzentration der Fussballfelder ist abhängig vom weiteren Verlauf der Richtplanung. Durch die Verzögerungen bei der Festsetzung des Richtplans verschiebt sich die Planung weiter in die Zukunft.

LG Sportförderung: Im September 2025 wird die Stadt Uster Austragungsort von drei Orientierungslauf Weltcup-Läufen sein, welche das Weltcup-Finale 2025 bilden. Die Veranstaltung wird eine Ergänzung zu den Aktivitäten im Bereich Sport während dem Stadt-Jubiläum sein.

Die Angebote von «Sport und Fun Camp» und «Stars in der Schule» sollen erweitert, ausgebaut und vernetzt werden. Insgesamt werden nächstes Jahr voraussichtlich 110 Kurse für 1'300 Teilnehmenden angeboten.

Um die gesamte Bevölkerung zur Bewegung zu animieren, soll in Zusammenarbeit mit den Vereinen ein kostenloses Sport- und Bewegungsangebot im öffentlichen Raum geschaffen werden. Das Projekt wird durch das Sportamt des Kantons Zürich unterstützt und unter der Trägerschaft der Schweizerischen Gesundheitsstiftung RADIX umgesetzt.

Zudem wurde das GF Sport durch Swiss Olympic als leistungssportfreundlicher Lehrbetrieb ausgezeichnet für die Möglichkeit, dass Spitzensportler während ihrer KV-Ausbildung Praktikas im Geschäftsfeld absolvieren können.

Die KBG empfiehlt den Globalkredit 2025 inkl. Abschreibungen zur Annahme.

## **Geschäftsbericht Sozialbehörde**

### **GF Soziale Dienste**

Für die KSG gibt **Tanja Göldi (SP)** zu Protokoll:

Im Budget 2025 ist für das GF Soziale Dienste ein Globalkredit exkl. Abschreibungen von 15,862 Millionen Franken eingestellt.

Seit 2022 hat sich die angepasste Organisation der Sozialen Dienste in Uster bewährt. Der Fokus auf nachhaltige Integration durch gezielte Beratung und Betreuung zeigt Wirkung. Herausforderungen wie der wachsende Asylbereich werden dank erfahrenen Mitarbeitenden und guter Zusammenarbeit gemeistert, auch wenn Prognosen unsicher bleiben. Der Ukraine Konflikt und mögliche Änderungen beim Schutzstatus S könnten die Situation beeinflussen.

---

LG Sozialberatung: Die Arbeitslosenquote in Uster liegt mit 1,9% unter dem kantonalen Schnitt. Trotz stabiler Wirtschaft werden steigende Fallzahlen in der Sozialhilfe erwartet. Gründe sind psychische Erkrankungen, soziale Krisen wie Trennungen oder häusliche Gewalt sowie Adoleszenzkrisen. Der Bedarf an Betreuung und spezialisierten Wohnlösungen steigt. Trotzdem bleibt die Sozialhilfequote mit 1,7% niedrig.

Wir wurden darüber informiert, dass bei Wohnungsverlust mit der Asyl- und Flüchtlingskoordination zusammen eine Lösung mit Notwohnungen gefunden wird auch für Klientinnen und Klienten der Sozialhilfe. Ausserdem gibt es eine Zusammenarbeitsvereinbarung mit dem «Verein Du Für Alle» um Klientinnen und Klienten bei der Wohnungssuche zu unterstützen.

In der Investitionsplanung wird CHF 50'000 eingeplant für die Planung von neuen Räumlichkeiten in der Looren.

LG Asyl- und Flüchtlingskoordination: Im Bereich Asyl- und Flüchtlingskoordination machen wir folgenden Antrag:

Antrag Anpassung Nummerierung der Indikatoren im Budget 2025 LG Asyl- und Flüchtlingskoordination

Für die bessere Lesbarkeit und um aufzuzeigen, dass die Indikatoren zusammengehören, wird hiermit die Anpassung des Indikators beantragt, I9 zu I6 zu machen und alle anderen nach hinten zu rücken. Es betrifft die Infos zu; Anteil Personen 25-65jährig mit Erwerbseinkommen und Anteil Personen 25-65jährig in Integrationsangeboten.

Hohe Asylzahlen und die Zuweisung von Schutzsuchenden belasten die Ressourcen. Die Erhöhung der kantonalen Quote auf 1,6% bedeutet für Uster 572 Personen, darunter 60 unbegleitete Jugendliche, die von der Caritas betreut werden. Trotz Massnahmen zur Integration decken kantonale Pauschalen die Kosten nicht.

Die Wohnungsnot verlängert den Verbleib in Notunterkünften, und eine Zunahme an Flüchtlingen wird erwartet, da Anerkennungen zunehmen. Sozialhilfekosten werden durch den Kanton gedeckt, nicht jedoch Betreuungskosten.

LG Berufliche und Soziale Integrationsangebote: Die Nachfrage nach beruflicher Integration sinkt leicht, während soziale Integrationsprogramme durch höhere Betreuungsanforderungen stärker ausgelastet sind. Erweiterungen wie im Gartenbereich des Handwerksangebots und neue Projekte im Restaurant *al gusto* schaffen zusätzliche Einsatzmöglichkeiten. Diese Massnahmen fördern Kosteneffizienz und bieten Chancen für Menschen mit Einschränkungen.

LG Berufsbeistandschaft: Die Fallzahlen steigen leicht, da komplexere Mandate länger betreut werden müssen. Neue Regelungen wie das Selbstbestimmungsgesetz und die Vermögensverwaltungsverordnung erhöhen den Aufwand. Die Übergabe von Mandaten älterer Personen an private Beistände durch die Pro Senectute entlastet weiterhin.

Dem Budget wird von der KSG am 25.11.2024 einstimmig zugestimmt. Ebenfalls wird der Änderungsantrag angenommen.

## **Geschäftsbericht Primarschule**

### **GF Primarschule**

Für die KBG gibt **Isabel Eigenmann (Die Mitte)** zu Protokoll:

Das Geschäftsfeld Primarschule beantragt einen Globalkredit von CHF 53.708 Mio.; im Vorjahr waren es CHF 52.89 Mio. Der grösste Teil der Veränderung wird wie folgt begründet:

- LG Regelunterricht: 1.3 gewichtete Klassen mehr (CHF 297'000) durch eine geringe Zunahme der Schüler und Schülerinnen.
  - LG Sonderpädagogik: Zunahme externe Sonderschulung (CHF 807'000). Ursprünglich wurde angenommen, dass es eine höhere Zunahme an externen Beschulungen geben würde. Auch die integrative Sonderbeschulung nimmt zu und stellt immer mehr Herausforderungen dar.
-

- Die Verschiebung von 2.5 Stellen bei den LG Tagesstrukturen ins GF Bildung hat nur eine kleine Veränderung zur Folge. Nach dieser Verschiebung gibt es netto plus 0.28 Stellen für die Tagesstrukturen mit einem Aufwand von CHF 30 000. Höhere Ausgaben werden auch wegen dem neuen Tarifsysteem prognostiziert (CHF 220'000, allerdings handelt es sich um eine grobe Schätzung, es kann noch nicht genau gesagt werden, weil das System erst im August 2024 eingeführt wurde.

Der Ausbau der Tagesschulen wird vorerst nicht forciert. Seit Einführung der Morgenbetreuung entspricht das Maximalangebot der Tagesstrukturen einer Tagesschule. Dieses Angebot ist in jeder Schuleinheit vorhanden.

Investitionsplanung: Die Turnhalle in der Schulanlage Gschwader wird saniert, der Aussenplatz angepasst und der Hort ausgebaut. Der Ausbau des Horts soll auch Entlastung bei den Schulräumen bringen, da die Räumlichkeiten gemeinsam genutzt werden sollen, oder einige Räume (Bibliothek) in den Hort verschoben werden, damit es bei den Klassen Entlastung gibt.

Die Aufstockung des Neubaus in der Schulanlage Oberuster: Das Projekt wurde sistiert. Der Gemeinderat wurde informiert. Gebundene Ausgaben für Sanierungsarbeiten und die Neugestaltung des Aussenraums bleiben bestehen. CHF 300 000 braucht es trotzdem für Anpassungen, die gemacht werden, weil der Ausbau nicht umgesetzt wird. Die Übernahme des Wasserschadens durch die Versicherung bleibt noch abzuwarten. Auch im Krämeracker laufen noch Verhandlungen mit der Versicherung wegen des immensen Wasserschadens.

Bei der Schulanlage Hasenbühl sind verschiedene Projekte eingestellt. Sanierungsbedarf haben das Hasi I und II (Baujahr 1914) .

HPSU: Da Volketswil eine eigene HPS anstrebt, kann das zu Entlastungen an der HPS Uster führen. Das Projekt Talacker wird so lange sistiert, bis der Raumbedarf geklärt ist.

Das Projekt Lebensraum Schule budgetiert 50 000 Franken mehr, 150 000 Franken, statt wie in den Vorjahren 100 000 Franken, für die Ausgestaltung von Aussenräumen bei Kindergärten.

Informatik

Die Primarschule rechnet bei den Laptops, welche den Schülerinnen und Schülern abgegeben werden, mit einer Lebensdauer von 5 Jahren. Im 2024 testete die Primarschule, ob die Ersatzbeschaffung auch erst nach 6 Jahren möglich wäre. Nun hat man festgestellt, dass im 6. Jahr die Reparaturkosten oft höher sind als eine Neuanschaffung. Die Primarschule will deshalb zurück zum 5 Jahres-Zyklus. Aus diesem Grund müssen im 2025 die 5- und 6-Jahre alten Laptops ersetzt werden, was einmalig einen höheren Investitionsbedarf bedeutet.

---

Versand: 2. Dezember 2024

---